

Wann kommt, zu hatten das nur bezeichnen, ja, für rechtmäßig. Ihrer Auffassung nach müssen alle in der Sozialdemokratischen Partei bleiben.

Man kann den Seydewitz und Rosenfeld beistimmen, daß sie nicht die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, nicht die Liquidierung dieser Partei, nicht den revolutionären Klassenkampf wollen. Sie sind die typischen Zentristen, die mit radikalen Reden „im Dienste an der Partei“ die Arbeiter hindern wollen, den Weg des Klassenkampfes zu gehen. Ihr politischer Chefsitz befindet sich in der SPD, ein bloßes „Kritik“ zu üben, die Zustimmung der sozialdemokratischen Arbeiter bei dieser „Kritik“ zu finden. Aber ihr Bestreben war es nicht, die Massen der SPD zum revolutionären Klassenkampf zu führen. Sie gingen nicht mit einer offenen Kampfanlage gegen die Politik des Arbeitererrats aus der SPD, sie wurden von den Wels, Hilferding und Breitscheid aus der SPD, mit einem Fußtritt herausgeworfen, weil sie ihre Funktion in der SPD nicht mehr erfüllen können. Es ist keine Ehre für Leute, die Anspruch darauf erheben, politischer Führer der Arbeiterklasse in ihrem Bestreben zu sein, von solchen notorischen Arbeiterverrättern wie Wels aus einer Partei herausgeworfen zu werden. Schon allein darin besteht sich die ganze Erbärmlichkeit und der Bankrott dieser zentristischen Führer aus.

Diese Unfähigkeit, einen politischen Kampf zu führen, entspricht auch ihrer Unfähigkeit, ihre Opposition in der SPD zu organisieren. Hunderttausende sozialdemokratische Arbeiter sind mit der Politik des Parteivorstandes nicht einverstanden. Große Teile der sozialdemokratischen Arbeiter haben den Seydewitz und Rosenfeld bei ihrer Kritik an der Politik der SPD zugestimmt. Seydewitz selbst war Vorsitzender des Bezirksverbandes der SPD in Breslau. In Breslau, um nur diese zwei Beispiele zu nennen, bestand die Leitung der Ortsgruppe der SPD aus Seydewitz-Deputierten. Aber die Seydewitz-Gruppe wird weder den Breslauer Delegierten, noch die Breslauer Ortsgruppe geschlossen hinter sich haben. Sie sind keine geschlossene Organisationseinheit, keine sozialdemokratische Gruppe, sondern sie sind nur Splitter bekommen, trotz der Tatsache, daß sie selbst an verschiedenen Stellen die Führer der SPD-Organisation gestellt hat. Kläglicher als diese Seydewitz-Gruppe ist kaum jemals eine Gruppe aufgetreten. Sie ist, noch bevor sie überhaupt sich entfalten konnte, bereits verfallen und geschlagen worden: politisch und organisatorisch.

Mit dieser Niederlage beginnt die Seydewitz-Rosenfeld-Gruppe ihre Bauarbeiten als „Sozialistische Arbeiterpartei“. Aber diese „Partei“ wird immer nur eine Splittergruppe bleiben. Es kann ihr vielleicht gelingen, einige Tausend sozialdemokratischer Arbeiter aufzusaugen und sie daran hindern, den Weg zum kommunistischen Partei zu gehen. Aber in den letzten Monaten hat zehntausende sozialdemokratischer Arbeiter zur kommunistischen Partei übergetreten. Im Hamburger Wahlkampf hat die kommunistische Partei 20 000 sozialdemokratische Wähler aus der Front der SPD herausgezogen. Das sind mehr als die Seydewitz- und Rosenfeld jemals unter ihren Fahnen sammeln werden. Denn diese Fahnen sind die einer zentristischen Sumpfpartei, mit dem einzigen Programm, den Lebensweg sozialdemokratischer Arbeiter zur kommunistischen Partei zu verhindern, den Dienst an der Sozialdemokratischen Partei auch außerhalb der SPD, fortzusetzen, die Spaltung der Arbeiterklasse anstreben zu erhalten. Um dieses Programm, das das Programm der Rotenrevolution ist, werden sich die Arbeiter nicht sammeln. Sie werden aber die Seydewitz-Gruppe hinweg zur revolutionären Einheitsfront kommen.

Die Gründung einer „Sozialistischen Arbeiterpartei“ ist nicht mehr als eine Farce, eine unehrliche Episode im Klassenkampf, der Versuch politisch bankrotter Führer, ihren Platz im politischen Leben zu behaupten. Der Gang des Klassenkampfes, die Zuspitzung und Verschärfung der Klassengegenstände, die ganze Entwicklung der letzten Monate enthüllen nur, daß die Seydewitz ihre Rolle in der bisherigen Form nicht mehr fortführen können. Breite Massen sozialdemokratischer Arbeiter machen schon einen Schritt weiter, als die Rosenfeld und Seydewitz es wollen. Sie wollen nicht nur reden. Sie beginnen zu handeln. Sie verlassen die Partei des Arbeitererrats mit Verachtung und Abscheu, während die Seydewitz aus dieser Partei von Wels, den die Arbeiter verachten, herausgeworfen werden. Das ist der gewaltige Unterschied zwischen den revolutionären sozialdemokratischen Arbeitern und den zentristischen Führern.

Die Wels und Kompanie glauben, daß die Seydewitz die Organisatoren der Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter seien, aber das ist ein Irrtum. Die Seydewitz und Rosenfeld sind nicht die Organisatoren der Opposition sozialdemokratischer Arbeiter. Was die sozialdemokratischen Arbeiter dazu treibt, Sturm zu heizen gegen die Politik des Arbeitererrats, was die Risse in der SPD, die jetzt beginnt, hervorzurufen, ausfüllt und verschärft, das ist das Vorhandensein der kommunistischen Partei, die Tatsache, daß die kommunistische Partei die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, die Klassenpartei des Proletariats, der Führer aller Kämpfe des Proletariats, sowohl im täglichen Kampfe um die Erhaltung der Existenz, als auch im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus, zum Kampfe für den Sozialismus ist. Diese Tatsache trieb die Rosenfeld und Seydewitz, die Führer der USP, schon 1922 zurück in die Arme der Wels.

Sie taten dies unter der betrügerischen Behauptung, daß durch eine Vereinigung der USP und SPD die Kampfkraft des Proletariats gesteigert und die Sozialdemokratie „vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse“ herübergerissen werden könnte. Die neun Jahre, die seitdem vergangen sind, haben zur Genüge den Arbeitern klargemacht, daß die Sozialdemokratische Partei einschließlich der früheren USP-Führer nicht bloß auf dem linken Flügel der Bourgeoisie steht, die man zum Klassenkampf zurückführen kann, sondern daß die SPD, der Schwamm für die Bourgeoisie gegen das Proletariat ist, daß die sozialdemokratischen Führer die Funktion eines Armes haben, mit dem die Bourgeoisie ihre Politik in der Arbeiterklasse durchsetzt, daß die sozialdemokratischen Führer die Wegbereiter des Faschismus in Deutschland sind.

Wenn heute die Seydewitz und Rosenfeld aus der gleichen Konsequenz heraus, die sie damals in die Arme der Wels zurücktrieb, nämlich die Furcht vor der proletarischen Revolution, eine eigene „Partei“ gründen, so werden sie damit die durch Erfahrung reicher gewordenen Arbeiter nicht mehr betrügen können. Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen an dem Beispiel der Genossen Thorsen und Dettlinghaus, an dem Beispiel vieler unteren und mittleren Funktionäre der SPD, daß es im Klassenkampf und besonders gegenwärtig bei der Zuspitzung und Verschärfung des Klassenkampfes, um revolutionär zu sein, nur eine Konsequenz geben kann: die Herbeiführung der Einheitsfront des Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei. Jeder, der sich dieser Einheitsfront in den Weg stellt, der versucht, die Spaltung der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten, die revolutionären Konsequenzen zu verschleiern, der ist seinem Leben nach konterrevolutionär, der muß auf dem linken im Interesse des Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei sein. Es geht um die Sache des Proletariats. Diese Sache ist zu

Nazi-Knechte der Pfefferfäde

Heran an die Futterrippe in Hamburg / Nazis als Streikbrecher

Dresden, 2. Oktober 1931

Wie das Organ der sächsischen Nazis, der „Freiheitskampf“, berichtet, hat der Gauleiter der Hamburger Nationalsozialistischen Kaufmann einen Aufruf veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen, wenn man uns die Möglichkeit gibt, die Verantwortung so zu tragen, wie wir es im Interesse des Volkes für notwendig halten. Wir haben uns bei der Wahl am vergangenen Sonntag mit großem Erfolg des legalen Mittels der Demokratie bedient und sind als zweifelhafte Partei Führerin der nationalen Opposition. Wir sind bereit und gewillt, diesen legalen Weg bis zur Ergreifung der Macht zu Ende zu führen.“

Raum ist der Wahlkampf zu Ende und die läugerischen, demagogischen Versprechungen, die die Nazis in hunderten Versammlungen gemacht haben, verflungen, da beginnen sie sofort

den Wähler zu betrügen und sich als getreue Knechte der Pfefferfäde anzubieten. Sie sind gewillt den „legalen Weg“ zu Ende zu gehen. Das heißt in die Praxis überetzt: Heran an die Futterrippe und Durchführung der Young- und Hoover-ordnungspolitischen Bräunings im Interesse der Ausbeuter!

Das sächsische Nazi-Blatt, das die Erklärung ihres kapitalistischen Genossen Kaufmann triumphierend unter der Überschrift „Zur Übernahme der Verantwortung“ meldet, gibt den deutschen Kapitalisten auf der rechten Seite erneut den Beweis seiner Knechtschaft. Es berichtet über den Streik der Bergarbeiter unter der Überschrift „Vollständiger Streikabenteuer“ und spricht von einer erfolglosen wilden Streikbewegung. Die sächsischen Industriellen werden mit ihren Nazis wieder einmal besonders zufrieden sein.

Riesengehälter in Sächsischen Werken

Finanzminister Hederich erklärt: „Direktorenghälter sind Geschäftsgeheimnis“ / Der Kulturfaschismus der Schleiereierung im Feuer kommunistischer Anklagen

Auch gestern sah die Schiedsregierung wieder auf der Anklagebank. Zu Beginn der Sitzung forderte Genosse Renner energisch die Auflösung des volkseigenen Landtages, der jetzt gerade die Fortsetzung der Rotenordnungsarbeiten betreibt. Es sei notwendig, über den weiteren Bestand des Beamtenkabinetts die Wählermassen entscheiden zu lassen. Die kommunistische Partei werde die Massen mobilisieren zum außerparlamentarischen Kampf, für den Sturz der Brüning-Regierung. Gen. Renner protestierte dagegen, daß der, von den Kommunisten eingebrachte Antrag, Auflösung des Landtages, noch nicht gedruckt vorliege. Er beantragte, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Am Dienstag und Mittwoch sollen Ausschüsse tagen. Die nächste Sitzung, in der über alle Anträge abgestimmt werden soll, findet erst am 9. Oktober statt.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand die Aussprache zu dem am Dienstag begründeten Anträgen, die von den Fraktionen eingebracht wurden und mit der Rotenordnung der Schiedsregierung in Verbindung stehen.

Im Verlauf der Debatte bemühten sich drei Minister der Schiedsregierung, krampfhaft ihre Politik zu verteidigen und versuchen ihre Verantwortung auf die Brüning-Regierung, deren Stützen sie sind, abzuwälzen. Innenminister Richter verfiel mit edlem Pathos, die Regierung habe unter hartem Zwange nicht anders handeln können, „und erwarde und verlange, daß sich die Beamenschaft auch in der Not mit dem Staat verbunden fühle“. Diese edle Volksgemeinschaft erfährt eine treffliche Illustration durch den dritten Ministerredner, Finanzminister Dr. Hederich. Auf die wiederholt in der proletarischen Öffentlichkeit und im Parlament gestellten Anträgen nach der Höhe

der Direktorenghälter bei den Sächsischen Werken verweigerte er jede Auskunft und erklärte unter förmlichen Entschuldigungsbedingungen der kommunistischen Abgeordneten wörtlich:

„Die Gehälter der leitenden Angestellten gehören zu den Geschäftsgeheimnissen, die kein Betrieb preisgeben.“

Anklagerede des Genossen Mäßig

Die Hungeroffensive gegen die Werttätigen geht weiter. Brüning hat eine Rotenordnung nach der anderen erlassen. Eine jede dieser Rotenordnungen richtet sich in erster Linie gegen die Lebenshaltung der Werttätigen. Nicht genug damit, geht die sächsische Rotenordnung zu einem ungeheuerlichen Un-

ban von Schulausgaben über. Unsummen für Polier, Zahn usw. werden hinausgemorren.

Was der Regierung Landtagsbeschlüsse wert sind, zeigt sich bei dem vom Landtag angenommenen Antrag, daß Kinder nicht zwangsweise zur Teilnahme an den Versammlungen angehalten werden können.

Als auf Grund dieses angenommenen Antrages proletarische Eltern ihre Kinder nicht an der Versammlungen teilnehmen ließen, beklagte sie ein Strafmandat auf Grund eines rechtskräftigen Schulgesetzes von 1873. Die Rotenordnungen, die den Schulabbau diktiert, zeigt eben, wohin der Weg geht. Zurück in das Jahr 1873! Außerordentlich große Abstände am Schulentage werden in den Großstädten gemacht. Natürlich wieder an den Volks- und Berufsschulen, während man bei den höchsten Schulen außer der Erhöhung des Schulgeldes nichts davon merkt.

In Dresden spart man allein an dem Kapitel Schulstellen 100 000 Mark ein. Die Schulräume werden nur zum Teil wohnlich gereinigt, und das ausgerechnet in der Inflationzeit. Die Herauslösung der Klassenfrequenz bedeutet für die überfrähte Überbevölkerung. Noch trasser zeigen sich die Abstände in den kleinen Gemeinden. So ist zum Beispiel in Hirschberg der Schulentag von 50 000 auf 12 000 Mark herabgesetzt worden. Die Lehr- und Vermittlungsarbeit ist damit vollkommen aufgehoben. Das Material kann ja in den Schränken vermodern und verfaulen. 60 Prozent der Eltern der Kinder sind erwerbslos.

Die Abbaumaßnahmen gegen die Lehrer wirken sich besonders gegen die Junglehrer, die zum Teil fortgeschrittener eingestellt sind als die älteren Lehrer, aus.

Es werden dieser Rotenordnung noch weitere folgen. Die Kommunisten sehen im Schultreiß, der geschlossen von den proletarischen Eltern durchgeführt werden muß, die einzige Möglichkeit, gegen diese Maßnahmen anzukämpfen. In Berlin bereits 5 Schulen und mehr als 2000 Kinder.

In der Öffentlichkeit werden über die Höhe der Direktorenghälter bei den Sächsischen Werken Zahlen von 100 000 Mark genannt.

Heute gibt es noch 11 Direktoren in den Sächsischen Werken, deren Gehälter ins Fantastische gehen.

Auskunft über die Lantienem wird dem Landtag verweigert. Man spricht von Abgeordnetenrechten, nun, diese Rechte besitzen darin, daß man auf unsere Anfrage gar keine Auskunft gibt. Man braucht sich nicht wundern, wenn sich ein Siemensdirektor, der 800 000 Mark Gehalt jährlich bezieht, schämen vor die Direktoren der Sächsischen Werke stellt. Wir machen uns keine Hoffnung, daß etwas geändert werden wird. Wir wollen auch, daß sich die Herren der Regierung nicht selbst die Gehälter bauen werden. Kein Staat magt sich, an diese Gehälter heranzugehen. Es gibt nur einen Weg: Keine Selbsthilfe gegen nationale Selbsthilfe.

SPD-Führer bei Brüning

Wetern nachmittag unternahmen die Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Lohnabbaugewerkschaften einen Bittgang zum Reichsforscher Dr. Brüning. Wie amtlich bekannt gegeben wird, wurden die in der neuen Rotenordnung zu regelnden Fragen besprochen. Brüning hörte sich die Sozialdemokraten an, ohne ihnen auch nur die geringsten Versprechungen oder Zusicherungen zu geben.

Selbst der „Vorwärts“, der sonst derartige „Aktionen“ der bankrotten sozialfaschistischen Führer groß aufmacht, ist in seiner Berichterstattung über diesen Besuch bei Brüning sehr feinsinnig. Er hat auch seine Gründe. Die Arbeiterklasse hat noch nicht vergessen, daß die SPD-Presse anlässlich eines Besuches bei Brüning vor einigen Wochen in die Welt posaunt hat, die sozialdemokratischen Führer hätten erreicht, daß die Rotenordnungen gemildert und insbesondere der Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der sozialen Fürsorge gemäßigt wird. Die werttätigen Massen fallen auf einen derartigen Schwindel eben nicht mehr herein. Trotz der offensichtlichen Ablehnung Brüning gegenüber den Wünschen der SPD-Führer werden diese auch weiterhin ihre Tolerierungspolitik fortsetzen.

groß, als daß man es politisch bankrotten Führern wie Seydewitz und Rosenfeld gestatten könnte, damit Schindluder zu treiben. Der Kampf der Arbeiter ist zu schwer, um es den Rosenfeld und Seydewitz zu gestatten, neue Barrieren gegen diesen Kampf aufzurichten, durch radikale Reden und Phrasen die sozialdemokratischen Arbeiter zu verwirren und sie von revolutionären Handlungen abzuhalten.

Die Teilnehmer an der Reichskonferenz der Seydewitz und Rosenfeld, insbesondere jene, die ehrlich für den revolutionären Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse eintreten, die Vernichtung des Kapitalismus wollen und die sozialistische Gesellschaft erstreben, müssen sich entscheiden:

Mit Rosenfeld und Seydewitz gegen die Arbeiterklasse, oder mit der Arbeiterklasse gegen Rosenfeld und Seydewitz, gegen Wels, Hilferding, Breitfeld, gegen das gesamte kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung.

Einen anderen Weg gibt es nicht. Den Weg, den Rosenfeld und Seydewitz den sozialdemokratischen Arbeitern zeigen, das ist der Weg in den konterrevolutionären zentristischen Sumpf, der ein Hindernis für den Kampf der Arbeiterklasse ist. Darum: Riebet mit der Sumpfpartei! Es lebe die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats! Es lebe der Klassenkampf der Arbeiterklasse unter der Führung der kommunistischen Partei!

Erfolge des ersten Großwerbetages

Am Sonntag, den 4. Oktober müssen sie überholt werden!

Heute liegen weitere Ergebnisse des ersten Großwerbetages vor.

Seite 18, Neustadt-West:

- 10 Partelaufnahmen
- 1 Karte-Hilfs-Aufnahme
- 3 Abonnenten für Volksecho
- 20 Arbeiterstimmen verkauft
- 20 WZ verkauft
- 4,50 Mark Broschüren verkauft.

Ordnungsstelle Hellenau:

- 7 Abonnenten für Volksecho geworden
- 25 Volksechos verkauft
- 10 Arbeiterstimmen verkauft
- 6 Broschüren verkauft.

Verwaltungsbezirk 6:

- 21 Partelaufnahmen
- 1 Karte-Hilfs-Aufnahme
- 70 Volksecho-Leser geworden
- 2 Arbeiterstimme-Leser geworden
- 3 WZ-Leser geworden
- 200 Volksechos verkauft, außer festen Abonnenten
- 185 Arbeiterstimmen verkauft
- 35 Mark Literatur verkauft.

Die Resultate vom ersten Großwerbetage zeigen, daß der Boden für unsere Arbeit überall gut ist. Das Eisen ist heiß. Es muß durch Erhöhung unserer Werberbeit für Partei und Presse zum Eisen für den proletarischen Befreiungskampf geschmelzt werden!

Der Großwerbetage am Sonntag ist von besonderer politischer Bedeutung angeht der wachsenden Risse in der SPD. Es gilt am Sonntag mit der Werbung

die Diskussion mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu führen

und den Großwerbetage zum Tag der Massenaktion mit den SPD-Arbeitern zu machen.

Heraus zum roten Oktober-Kampfe! Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich am 2. Großwerbetage am Sonntag dem 4. Oktober!